

Satzung
der
Tischler-Innung Berlin

vom 14.11.2019

Inhaltsübersicht

Name, Sitz und Bezirk	§ 1
Fachgebiet	§ 2
Aufgaben	§§ 3,4
Zugehörigkeit zur Kreishandwerkerschaft	§ 5
Mitgliedschaft	§§ 6-14
Gastmitgliedschaft	§ 15
Wahlrecht, Stimmrecht, Wählbarkeit	§§ 16-21
Organe	§ 22
Innungsversammlung	§§ 23-29
Vorstand	§§ 30-34
Geschäftsführung	§ 35
Beauftragte und Kommissionen	§ 35a
Ausschüsse	§§ 36-38
Bezirksvertretung	§ 38a
Innungsbeirat	§ 38b
Ständige Ausschüsse	§ 39
Ausschuss für die Berufsausbildung	§§ 40-41
Ausschuss für Lehrlingsstreitigkeiten	§§ 42-46
Gesellenprüfungsausschuss	§§ 47-51
Rechnungs- und Kassenprüfungsausschuss	§ 52
Fachgruppen	§§ 53-54
Gesellenausschuss	§§ 55-69
Beiträge	§ 70
Haushaltsplan, Jahresrechnung	§§ 71-77
Vermögensverwaltung	§ 78
Schadenshaftung	§ 79
Änderung der Satzung und Auflösung der Handwerksinnung	§§ 80-86
Aufsicht	§ 87
Bekanntmachung	§ 88

Name, Sitz und Bezirk

§ 1

(1) Die Handwerksinnung führt den Namen:

Tischler-Innung Berlin

ihr Sitz ist in Berlin,
ihr Bezirk umfasst das Land Berlin.

(2) Die Handwerksinnung ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie wird mit Genehmigung der Satzung durch die Handwerkskammer rechtsfähig.

(3) Die Tischler-Innung Berlin ist Mitglied des Bundesverbandes des holz- und kunststoffverarbeitenden Handwerks (Bundesinnungsverband des Tischlerhandwerks).

Fachgebiet

§ 2

(1) Das Fachgebiet der Handwerksinnung umfasst

1. das holz- und kunststoffverarbeitende Handwerk (Tischlerhandwerk) sowie das Drechslerhandwerk
2. das dem Tischlerhandwerk fachlich und wirtschaftlich nahestehende handwerksähnliche Gewerbe „Einbau von genormten Baufertigteilen (z. B. Fenster, Türen, Zargen, Regale).“

(2) Gewerbebezweige, die sich vorbehaltlich künftiger gesetzlicher Regelungen durch den technischen Fortschritt aus dem in Abs. 1 genannten Handwerk entwickeln, fallen ebenfalls in das Fachgebiet der Handwerksinnung.

Aufgaben

§ 3

(1) Aufgabe der Handwerksinnung ist, die gemeinsamen gewerblichen Interessen ihrer Mitglieder zu fördern. Insbesondere hat sie

1. den Gemeingeist und die Berufsehre zu pflegen,
2. ein gutes Verhältnis zwischen Meistern, Gesellen und Lehrlingen anzustreben,
3. entsprechend den Vorschriften der Handwerkskammer die Lehrlingsausbildung zu regeln und zu überwachen sowie für die berufliche Ausbildung der Lehrlinge zu sorgen und ihre Entwicklung zu fördern,
4. die Gesellenprüfung abzunehmen und hierfür Gesellenprüfungsausschüsse zu errichten, sofern sie von der Handwerkskammer dazu ermächtigt ist,
5. das handwerkliche Können der Meister und Gesellen zu fördern; zu diesem Zweck kann sie insbesondere Fachschulen errichten oder unterstützen und Lehrgänge veranstalten,
6. bei der Verwaltung der Berufsschulen gemäß den bundes- und landesrechtlichen Bestimmungen mitzuwirken,
7. das Genossenschaftswesen im Handwerk zu fördern,
8. über Angelegenheiten des in ihr vertretenen Handwerks den Behörden Gutachten und Auskünfte zu erstatten.

9. die sonstigen handwerklichen Organisationen und Einrichtungen in der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen,
10. die von der Handwerkskammer innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Vorschriften und Anordnungen durchzuführen.

(2) Die Handwerksinnung soll

1. zwecks Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Betriebe ihrer Mitglieder Einrichtungen zur Verbesserung der Arbeitsweise und der Betriebsführung schaffen und fördern,
2. bei der Vergabe öffentlicher Lieferungen und Leistungen die Vergabestellen beraten,
3. das handwerkliche Pressewesen unterstützen.

(3) Die Handwerksinnung ist berechtigt,

1. Tarifverträge abzuschließen,
2. für ihre Mitglieder und deren Angehörige Unterstützungskassen für Fälle der Krankheit, des Todes, der Arbeitsunfähigkeit oder sonstiger Bedürftigkeit zu errichten,
3. bei Streitigkeiten zwischen den Innungsmitgliedern und ihren Auftraggebern auf Antrag zu vermitteln.

(4) Die Handwerksinnung kann auch sonstige Maßnahmen zur Förderung der gemeinsamen gewerblichen Interessen der Innungsmitglieder durchführen.

Die Errichtung und die Rechtsverhältnisse der Innungskrankenkassen richten sich nach den hierfür geltenden bundesrechtlichen Bestimmungen.

§ 4

(1) Soll in der Handwerksinnung eine Einrichtung der in § 3 Abs. 3 Nr. 2 vorgesehenen Art getroffen werden, so sind die dafür erforderlichen Bestimmungen in Nebensatzungen zusammenzufassen. Diese bedürfen der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde.

(2) Über die Einnahmen und Ausgaben solcher Einrichtungen ist getrennt Rechnung zu führen und das hierfür bestimmte Vermögen gesondert von dem Innungsvermögen zu verwalten. Das getrennt verwaltete Vermögen darf für andere Zwecke nicht verwandt werden. Die Gläubiger haben das Recht auf abgesonderte Befriedigung aus diesem Vermögen.

Zugehörigkeit zur Kreishandwerkerschaft

§ 5

Die Handwerksinnung gehört der für ihren Sitz zuständigen Kreishandwerkerschaft an, sofern eine solche besteht.

Mitgliedschaft

§ 6

Zum Eintritt in die Handwerksinnung ist berechtigt, wer

1. in die Handwerksrolle mit dem Handwerk oder einem wesentlichen Teil davon eingetragen ist, für das die Handwerksinnung gebildet ist,

2. mit dem Einbau von genormten Baufertigteilen (z. B. Fenster, Türen, Zargen, Regale) in das Verzeichnis der Inhaber handwerksähnlicher Gewerbe eingetragen ist,
3. in dem Bezirk der Handwerksinnung seine gewerbliche Niederlassung oder seinen Wohnsitz hat,
4. nicht infolge strafgerichtlicher Verurteilung das Recht, in öffentlichen Angelegenheiten zu wählen oder zu stimmen, verloren hat,
5. nicht durch gerichtliche Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist und
6. nicht als gesetzlicher Vertreter einer juristischen Person oder als vertretungsberechtigter Gesellschafter einer Personengesellschaft oder als selbständiger Handwerker aus der Innung ausgeschlossen worden ist.

§ 7

(1) Der Antrag auf Erwerb der Mitgliedschaft bei der Handwerksinnung (Aufnahmeantrag) ist bei dieser schriftlich zu stellen, über ihn entscheidet der Vorstand. Über den Widerspruch gegen die Ablehnung eines Aufnahmeantrages entscheidet die Innungsversammlung.

(2) Für die Aufnahme kann eine Aufnahmegebühr erhoben werden.

(3) Personen, die sich um die Förderung der Handwerksinnung oder eines der von ihr umfaßten Handwerke besondere Verdienste erworben haben, können durch Beschluss der Innungsversammlung zu Ehrenmitgliedern ernannt werden. Ehrenmitglieder können an den Innungsversammlungen mit beratender Stimme teilnehmen.

§ 8

Den Innungsmitgliedern, den Mitgliedern des Gesellenausschusses und den Gesellenmitgliedern in den Innungsausschüssen ist eine Satzung der Handwerksinnung unentgeltlich auszuhändigen.

§ 9

(1) Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Tage der Entscheidung über den Aufnahmeantrag.

(2) Die Mitgliedschaft endet mit

1. Austritt,
2. Ausschluss,
3. Tod und
4. Löschung in der Handwerksrolle

§ 10

Der Austritt eines Mitgliedes aus der Handwerksinnung kann nur zum Schluss des Rechnungsjahres erfolgen und muss mindestens drei Monate vorher dem Vorstand schriftlich angezeigt werden.

§ 11

(1) Durch Beschluss des Vorstandes ist auszuschließen, wer mit Ausnahme der Fälle des § 9 Abs. 2 Nr. 3 und 4 die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft (§ 6) nicht erfüllt.

(2) Durch Beschluss des Vorstandes kann insbesondere ausgeschlossen werden, wer

1. gegen die Satzung gröblich oder beharrlich verstößt oder satzungsgemäße Beschlüsse oder Anordnungen der Organe der Handwerksinnung nicht befolgt,
2. mit seinen Beiträgen trotz wiederholter Aufforderung länger als ein Jahr im Rückstand geblieben ist.

(3) Vor dem Beschluss ist dem Betroffenen Gelegenheit zur Äußerung zu geben:
Hierfür ist eine angemessene Frist einzuräumen. § 7 Abs. 1 Satz 2 findet entsprechende Anwendung.

§ 12

Ausscheidende Mitglieder verlieren alle Ansprüche an das Innungsvermögen und – vorbehaltlich abweichender Bestimmungen der Nebensatzungen – an die von der Handwerksinnung errichteten Nebenkassen und Einrichtungen. Sie bleiben zur Zahlung der Beiträge verpflichtet, die bis zum Zeitpunkt ihres Ausscheidens fällig waren. Ihre vertraglichen und sonstigen Verbindlichkeiten, welche der Handwerksinnung oder deren Nebenkassen und Einrichtungen gegenüber bestehen, werden durch das Ausscheiden nicht berührt.

§ 13

(1) Die Mitglieder der Handwerksinnung haben gleiche Rechte und Pflichten.

(2) Jedes Innungsmitglied ist berechtigt, die Einrichtungen und Anstalten der Handwerksinnung nach Maßgabe der Satzung, der Nebensatzungen und der Beschlüsse der Innungsversammlung zu benutzen.

§ 14

Die Mitglieder sind verpflichtet, an der Erfüllung der Aufgaben der Handwerksinnung mitzuwirken und die Vorschriften der Satzung, der Nebensatzungen sowie die satzungsgemäßen Beschlüsse und Anordnungen der Organe der Handwerksinnung zu befolgen.

Gastmitgliedschaft

§ 15

(1) Die Handwerksinnung kann solche Personen als Gastmitglieder aufnehmen, die dem Handwerk, für das die Innung gebildet ist, beruflich oder wirtschaftlich nahestehen. Als Gastmitglieder können auf Antrag auch Personen aufgenommen werden, deren Mitgliedschaft durch Löschung in der Handwerksrolle endet. Die Gastmitglieder haben die in Absätzen 2 bis 4 genannten Rechte und Pflichten.

(2) Die Gastmitglieder sind berechtigt, die Einrichtungen der Innung in gleicher Weise wie Innungsmitglieder zu benutzen. Sie nehmen an der Innungsversammlung mit beratender Stimme teil.

(3) Beträgt die Zahl der Gastmitglieder, ausgenommen sind Gastmitglieder nach Abs. 1 S. 2, mehr als ein Viertel der Zahl der Innungsmitglieder, so nimmt ein Obmann der Gastmitglieder an den Sitzungen des Vorstandes mit beratender Stimme teil. Der Obmann der Gastmitglieder wird von diesen aus ihrer Mitte gewählt. Die Vorschriften über die Amtszeit und die Wahl des Obermeisters gelten entsprechend.

(4) Die Innungsversammlung kann beschließen, dass Gastmitglieder einen Beitrag zu entrichten haben. Wird der von Gastmitgliedern zu entrichtende Beitrag erhöht und übersteigt er auch den im Zeitpunkt des Beitritts zur Innung für Gastmitglieder geltenden Beitragssatz, so kann ein Gastmitglied innerhalb eines Monats, nach dem ihm die Erhöhung des Beitrages bekannt wird, ohne Einhaltung einer Frist aus der Innung ausscheiden.

(5) Für Gastmitglieder gelten § 7 Abs. 1, §§ 8-12 und § 14 entsprechend.

Wahlrecht, Stimmrecht und Wählbarkeit

§ 16

Wahl- und stimmberechtigt in der Innungsversammlung sind die der Handwerksinnung angehörenden selbständigen Handwerker. Jedes Innungsmitglied hat eine Stimme. Für eine juristische Person oder eine Personengesellschaft kann nur eine Stimme abgegeben werden, auch wenn mehrere vertretungsberechtigte Personen vorhanden sind.

§ 17

Ein nach § 16 stimmberechtigtes Mitglied, das eine juristische Person, Inhaber eines Nebenbetriebes im Sinne des § 2 Nr. 2 oder 3 der Handwerksordnung ist oder seinen Betrieb nach § 4 der Handwerksordnung fortführt, kann sein Wahl- und Stimmrecht auf den Betriebsleiter übertragen, falls dieser die Pflichten übernimmt, die seinem Vollmachtgeber gegenüber der Handwerksinnung obliegen. Auf die Betriebsleiter findet die Bestimmung des § 18 entsprechende Anwendung. Die Übertragung und die Übernahme der Rechte bedarf der schriftlichen Erklärung gegenüber der Handwerksinnung.

§ 18

Ein Mitglied ist nicht wahl- und stimmberechtigt, wenn

1. die Beschlussfassung die Vornahme eines Rechtsgeschäftes oder die Einleitung oder Erledigung eines Rechtsstreites zwischen ihm und der Handwerksinnung betrifft,
2. es mit Innungsbeiträgen länger als ein Jahr im Rückstand ist,
3. gegen ihn das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann,
4. es durch gerichtliche Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist.

§ 19

Wählbar zu Mitgliedern des Vorstandes und der Ausschüsse sind die wahlberechtigten Innungsmitglieder, die gesetzlichen Vertreter einer der Handwerksinnung angehörenden juristischen Person und die vertretungsberechtigten Gesellschafter einer der Handwerksinnung angehörenden Personengesellschaft, die

1. die Befugnis zum Ausbilden von Lehrlingen besitzen, soweit es um die Wahl des Obermeisters oder des stv. Obermeisters geht,
2. am Wahltag volljährig sind,
3. die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union besitzen.

Bei juristischen Personen und bei Personengesellschaften ist jeweils nur eine Person wählbar. Von den Erfordernissen des Abs. 1 Ziff. 1 und 2 kann die Innungsversammlung mit einer Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden wahl- und stimmberechtigten Mitglieder Ausnahmen zulassen.

§ 20

Gegen die Rechtsgültigkeit der Wahlen kann jeder Wahlberechtigte binnen zwei Wochen nach der Wahl Einspruch erheben. Der Einspruch ist schriftlich einzulegen und zu begründen. Über den Einspruch entscheidet die Innungsversammlung.

§ 21

Mitglieder des Vorstandes und der Ausschüsse, die Vertreter der Innung bei der Kreishandwerkerschaft und dem Innungsverband und Mitglieder des Gesellenausschusses verlieren ihr Amt, wenn Umstände eintreten, welche die Wählbarkeit ausschließen. Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet die Innungsversammlung.

Organe

§ 22

Die Organe der Handwerksinnung sind

1. die Innungsversammlung,
2. der Vorstand,
3. die Ausschüsse.

Innungsversammlung

§ 23

(1) Die Innungsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten der Handwerksinnung, soweit sie nicht vom Vorstand oder von den Ausschüssen wahrzunehmen sind. Die Innungsversammlung besteht aus den Mitgliedern der Handwerksinnung.

(2) Der Innungsversammlung obliegt im Besonderen:

1. die Feststellung des Haushaltsplanes und die Bewilligung von Ausgaben, welche im Haushaltsplan nicht vorgesehen sind,
2. die Beschlussfassung über die Höhe der Innungsbeiträge und über die Festsetzung von Gebühren; Gebühren können auch von Nichtmitgliedern, die Tätigkeiten oder Einrichtungen der Innung in Anspruch nehmen, erhoben werden,
3. die Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung,
4. die Wahl des Vorstandes und derjenigen Mitglieder der Ausschüsse, die aus der Zahl der Innungsmitglieder zu entnehmen sind, sowie der Vertreter der Handwerksinnung zur Kreishandwerkerschaft und zum Innungsverband,
5. die Einsetzung besonderer Ausschüsse zur Vorbereitung einzelner Angelegenheiten und zur Verwaltung einzelner Innungseinrichtungen,
6. der Erlass von Vorschriften über die Lehrlingsausbildung entsprechend den Vorschriften der Handwerkskammer,
7. die Beschlussfassung über
 - a) den Erwerb, die Veräußerung oder die dringliche Belastung von Grundeigentum,
 - b) die Veräußerung von Gegenständen, die einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwert haben,
 - c) die Aufnahme von Anleihen,
 - d) den Abschluss von Verträgen, durch welche der Handwerksinnung fortlaufende Verpflichtungen auferlegt werden, mit Ausnahme der laufenden Geschäfte der Verwaltung,
 - e) die Anlegung des Innungsvermögens,
8. die Beschlussfassung über Änderungen der Satzung und die Auflösung der Handwerksinnung,

9. die Beschlussfassung über Errichtung und Änderung von Nebensatzungen (§ 4),
10. die Beschlussfassung über alle Einrichtungen, die zur Erfüllung der Aufgaben der Handwerksinnung geschaffen werden sollen,
11. die Beschlussfassung über Erwerb und die Beendigung der Mitgliedschaft bei dem Innungsverband,
12. die Beschlussfassung über die Übertragung der Geschäftsführung auf die Kreishandwerkerschaft.

(3) Die Wahl der Vertreter zur Kreishandwerkerschaft und zum Innungsverband (Absatz 2, Nr. 4) erfolgt auf die Dauer von drei Jahren.

(4) Die nach Absatz 2 Nr. 7 erforderliche Beschlussfassung der Innungsversammlung erstreckt sich auch auf die durch Nebensatzungen begründeten Einrichtungen der Handwerksinnung, soweit nicht durch die Nebensatzung etwas anderes bestimmt ist.

(5) Die nach Absatz 2 Nr. 6, 7 und 8 gefassten Beschlüsse bedürfen der Genehmigung durch die Handwerkskammer.

(6) Lehnt die Innungsversammlung den Beitritt zum Innungsverband (Abs. 2 Nr. 11) ab, so ist die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Innungsversammlung zu setzen und hierzu der Innungsverband rechtzeitig einzuladen. Vor der Beschlussfassung über den Austritt aus dem Innungsverband ist einem Vertreter des Innungsverbandes Gelegenheit zur Äußerung in der Innungsversammlung zu geben.

§ 24

Ordentliche Innungsversammlungen finden in der Regel halbjährlich, mindestens jedoch einmal im Jahr statt. Außerordentliche Innungsversammlungen können abgehalten werden, wenn der Vorstand sie beschließt. Sie müssen einberufen werden, wenn das Interesse der Handwerksinnung die Einberufung erfordert oder wenn ein Viertel der stimmberechtigten Mitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe beim Vorstand die Einberufung beantragt. Wird dem Verlangen nicht entsprochen, oder erfordert es das Interesse der Handwerksinnung, so kann die Handwerkskammer die Innungsversammlung einberufen und leiten.

§ 25

Der Vorsitzende des Vorstandes (Obermeister) lädt zur Innungsversammlung mindestens zwei Wochen vor der Sitzung entweder schriftlich oder durch Anzeige in dem Bekanntmachungsblatt der Handwerksinnung unter Angabe der Tagesordnung ein; dem Vorsitzenden des Gesellenausschusses ist rechtzeitig der Zeitpunkt der Innungsversammlung mitzuteilen und ihm ausreichende Gelegenheit zu geben, Vorschläge für die Tagesordnung zu machen. In dringenden Fällen kann die Einladungsfrist auf eine Woche verkürzt werden. Bei außerordentlichen Innungsversammlungen kann in besonders dringenden Fällen die Einladungsfrist bis auf drei Tage verkürzt werden. Sollen Angelegenheiten beraten oder beschlossen werden, in denen der Gesellenausschuss zu beteiligen ist (§ 55 Abs. 2), so sind auch die Mitglieder des Gesellenausschusses schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einzuladen.

§ 26

(1) Der Obermeister leitet die Innungsversammlung; erfolgt die Einberufung der Innungsversammlung auf Verlangen der Handwerkskammer, so kann sie durch deren Vertreter geleitet werden.

(2) Im Falle des Rücktritts des Obermeisters wählt die Innungsversammlung ihren Versammlungsleiter mit Mehrheit der erschienenen Mitglieder. Den Wahlakt leitet der Geschäftsführer.

(3) Der Versammlungsleiter ist berechtigt, Versammlungsteilnehmer, die seinen zur Leitung der Verhandlung getroffenen Anordnungen nicht nachkommen oder sich ungebührlich benehmen, aus der Versammlung auszuschließen.

(4) Über die Verhandlungen der Innungsversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, in der sämtliche Beschlüsse, Wahlen und Abstimmungen enthalten sein müssen. Die Niederschrift ist von dem Vorsitzenden der Versammlung und dem Geschäftsführer zu unterzeichnen und der nächsten Innungsversammlung zur Genehmigung vorzulegen. Der Teil der Niederschrift, der Angelegenheiten betrifft, in denen der Gesellenausschuss zu beteiligen ist (§ 55 Abs. 2), ist dem Vorsitzenden des Gesellenausschusses zuzuleiten.

§ 27

(1) Beschlüsse der Innungsversammlung werden, soweit nichts anderes bestimmt ist, mit einfacher Mehrheit der erschienenen Mitglieder gefasst. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

(2) Beschlüsse können von der Innungsversammlung nur über solche Angelegenheiten gefasst werden, die bei ihrer Einberufung in der Tagesordnung bezeichnet sind oder, sofern es sich nicht um einen Beschluss über eine Satzungsänderung, die Auflösung der Handwerksinnung oder den Widerruf der Bestellung von Vorstandsmitgliedern handelt, mit Zustimmung von drei Vierteln der erschienenen Stimmberechtigten vom Vorsitzenden nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die in §§ 55 Abs. 2 bezeichneten Angelegenheiten können nur dann nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder des Gesellenausschusses anwesend ist und alle anwesenden Mitglieder des Gesellenausschusses mit der Behandlung der Angelegenheit einverstanden sind.

§ 28

Die von der Innungsversammlung vorzunehmenden Wahlen werden mit verdeckten Stimmzetteln vorgenommen. Wahlen durch Zuruf sind mit Ausnahme der Wahl des Obermeisters und seines Stellvertreters zulässig, wenn niemand widerspricht.

§ 29

Die Innungsversammlung regelt ihre Geschäftsordnung, soweit die Satzung keine näheren Vorschriften enthält, durch Beschluss.

Vorstand

§ 30

(1) Der Vorstand besteht aus dem Obermeister, dem stv. Obermeister und bis zu sechs weiteren Mitgliedern. Er wird von der Innungsversammlung aus den nach § 19 wählbaren Innungsmitgliedern gewählt. Der Obermeister und mindestens die Hälfte der Mitglieder sollen in der Regel Gesellen oder Lehrlinge beschäftigen.

(2) Die Amtsdauer des Vorstandes beträgt drei Jahre. Die Mitglieder des Vorstandes bleiben nach Ablauf ihrer Wahlzeit so lange im Amt, bis ihre Nachfolger das Amt angetreten haben. Wiederwahl ist zulässig. Scheiden Mitglieder des Vorstandes vor Ablauf ihrer Wahlzeit aus, so ist in der nächsten Innungsversammlung eine Neuwahl für den Rest der Wahlzeit vorzunehmen.

(3) Die Innungsversammlung kann die Bestellung des Vorstandes oder einzelner seiner Mitglieder auf Antrag von mindestens 1/10 der Innungsmitglieder widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt; ein solcher Grund ist insbesondere grobe Pflichtverletzung oder Unfähigkeit. Der Widerruf kann nur mit einer Mehrheit von drei Vierteln der erschienenen Stimmberechtigten beschlossen werden.

(4) Die Mitglieder des Vorstandes verwalten ihr Amt als Ehrenamt unentgeltlich. Barauslagen sind zu ersetzen. Für Zeitversäumnis wird Ersatz nach den von der Innungsversammlung zu beschließenden Sätzen gewährt. Die Innungsversammlung kann eine Reisekostenordnung beschließen.

(5) Dem Obermeister, den Vorstandsmitgliedern, den Bezirksmeistern und ihren Stellvertretern kann durch Beschluss der Innungsversammlung für den mit ihrer Tätigkeit verbundenen Aufwand eine angemessene Entschädigung gewährt werden.

§ 31

(1) Der Obermeister und sein Stellvertreter werden von der Innungsversammlung in je einem besonderen Wahlgang mit absoluter Stimmenmehrheit der erschienenen Stimmberechtigten mit verdeckten Stimmzetteln gewählt. Fällt die Mehrzahl der abgegebenen Stimmen nicht auf eine Person, so findet eine engere Wahl unter denjenigen beiden Personen statt, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Die Wahl der weiteren Mitglieder des Vorstandes erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit.

(2) Die Wahl des Obermeisters findet unter Leitung eines von der Innungsversammlung zu bestimmten Wahlleiters, die Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder unter Leitung des Obermeisters statt.

(3) Die Wahl des Vorstandes ist der Handwerkskammer binnen einer Woche anzuzeigen.

§ 32

(1) Sitzungen des Vorstandes finden nach Bedarf statt; sie müssen auf Antrag von mindestens einem Drittel der Vorstandsmitglieder einberufen werden.

(2) Der Obermeister lädt schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung zu den Sitzungen des Vorstandes ein und leitet sie; in Ausnahmefällen kann die Einladung auch mündlich erfolgen. Sollen Angelegenheiten beraten oder beschlossen werden, in denen der Gesellenausschuss zu beteiligen ist (§ 55 Abs. 2), so ist dem Vorsitzenden des Gesellenausschusses rechtzeitig unter Mitteilung der Tagesordnung von der Sitzung des Vorstandes Kenntnis zu geben.

(3) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn einschließlich des Vorsitzenden mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Der Geschäftsführer nimmt an den Vorstandssitzungen teil, soweit es sich nicht um eigene Angelegenheiten handelt.

(4) Die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst; bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. An der Beratung und Beschlussfassung über solche Angelegenheiten, die das persönliche Interesse eines Vorstandsmitgliedes berühren, darf dieses nicht teilnehmen.

(5) In eiligen Sachen kann ein Vorstandsbeschluss, wenn kein Mitglied des Vorstandes widerspricht, auch schriftlich herbeigeführt werden.

(6) Über die Verhandlungen des Vorstandes ist eine Niederschrift anzufertigen, in der sämtliche Beschlüsse enthalten sein müssen; sie ist von dem Geschäftsführer zu unterzeichnen.

§ 33

(1) Der Obermeister, im Verhinderungsfalle sein Vertreter, und der Geschäftsführer vertreten gemeinsam die Handwerksinnung in allen öffentlich- und zivilrechtlichen Angelegenheiten gerichtlich und außergerichtlich. Als Ausweis des Vorstandes genügt bei allen Rechtsgeschäften die Bescheinigung der Handwerkskammer, daß die darin bezeichneten Personen zurzeit den Vorstand bilden.

(2) Willenserklärungen mit Ausnahme bei laufenden Geschäften der Verwaltung, welche die Handwerksinnung vermögensrechtlich verpflichten, bedürfen der Schriftform. Sonstige Schriftstücke von besonderer Bedeutung müssen vom Obermeister oder seinem Vertreter und dem Geschäftsführer unterzeichnet sein.

§ 34

(1) Der Vorstand für die Geschäfte der Handwerksinnung, soweit sie nicht gesetzlich oder durch Bestimmungen der Satzung und der Nebensatzung der Innungsversammlung oder anderen Organen übertragen sind und nicht dem Geschäftsführer obliegen.

(2) Die Innung kann eine Geschäftsstelle errichten, die von einem Geschäftsführer geleitet wird. Der Obermeister schließt mit Zustimmung des Vorstandes den Dienstvertrag mit dem Geschäftsführer.

(3) Der Vorstand kann die Verteilung der Geschäfte unter seinen Mitgliedern durch eigene Beschlüsse regeln.

(4) Der Vorstand bereitet die Verhandlungen der Innungsversammlung vor und führt ihre Beschlüsse aus.

(5) Die Mitglieder des Vorstandes haften der Handwerksinnung für pflichtgemäße Verwaltung wie Vormünder ihren Mündeln.

Geschäftsführung

§ 35

(1) Der Geschäftsführer führt die laufenden Geschäfte der Innung und verwaltet das Innungsvermögen nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Satzung und der ordnungsgemäß zustande gekommenen Beschlüsse der Innungsorgane.

(2) Der Geschäftsführer ist verpflichtet, die Geschäfte der Innung ohne Bevorzugung oder Benachteiligung von Mitgliedern unparteiisch zu führen und die ihm dienstlich zur Kenntnis gelangten Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, vertrauliche Unterlagen und Zahlenangaben der einzelnen Mitglieder gegenüber Dritten geheimzuhalten.

(3) Der Geschäftsführer ist befugt, die Innung und ihre Mitglieder vor den Gerichten für Arbeitssachen und den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit zu vertreten. Diese Befugnis kann er auf andere übertragen.

(4) Der Geschäftsführer nimmt an allen Zusammenkünften der Innungsorgane teil und führt über deren Verlauf Protokoll.

(5) Der Geschäftsführer leitet die Innungsgeschäftsstelle, beaufsichtigt die Angestellten der Geschäftsstelle und erteilt ihnen Weisungen. Im Einvernehmen mit dem Vorstand stellt er die Angestellten der Geschäftsstelle ein und vereinbart er ihre Anstellungsbedingungen und Bezüge. Zur Entlassung von Angestellten der Geschäftsstelle ist er nach Rücksprache mit dem Vorstand selbständig berechtigt.

Beauftragte und Kommissionen

§ 35a

(1) Der Innungsvorstand kann zur Vorbereitung seiner Beschlüsse oder zur laufenden Bearbeitung bestimmter Angelegenheiten Beauftragte ernennen und Kommission bilden. Dabei können auch Personen herangezogen werden, die nicht dem Innungsvorstand angehören. Wählt der Innungsvorstand nicht den Vorsitzenden einer von ihm gebildeten Kommission, so wählt diese ihren Vorsitzenden und erforderlichenfalls dessen Stellvertreter selbst.

(2) Das Mandat eines Beauftragten oder einer Kommission des Innungsvorstandes endet spätestens mit der Neuwahl des Innungsvorstandes.

(3) Ein Beauftragter oder eine Kommission gem. Ziff. 1 können vom Innungsvorstand mit der Führung von Tarifverhandlungen beauftragt werden. Eine derartige Kommission führt die Bezeichnung „Tarifkommission“. Die Kommission ist an Weisungen des Vorstandes gebunden.

Ausschüsse

§ 36

(1) Die Handwerksinnung bildet ständige Ausschüsse; außerdem können für bestimmte Angelegenheiten besondere Ausschüsse errichtet werden.

(2) Die Mitglieder der Ausschüsse verwalten ihr Amt als Ehrenamt. § 30 Abs. 4 gilt entsprechend. Die Entschädigung der Gesellenmitglieder für Zeitversäumnis ist so zu bemessen, dass sie den Bruttolohnausfall deckt. Wird den Gesellenmitgliedern der Lohn fortgezahlt, so ist die Entschädigung auf Antrag des Gesellen an den Betriebsinhaber zu zahlen.

(3) Die Ausschüsse haben die in ihren Geschäftsbereichen fallenden Angelegenheiten vorzubereiten. Über das Ergebnis ihrer Beratungen haben sie, soweit nichts anderes bestimmt ist, an den Vorstand zu berichten. Über die Berichte beschließt das zuständige Organ der Handwerksinnung.

§ 37

(1) Vorbehaltlich der Bestimmung des § 49 werden die Vorsitzenden und Mitglieder der ständigen Ausschüsse auf 3 Jahre mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt; für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu wählen. Wiederwahl ist zulässig. § 30 Abs. 3 Satz 1 gilt mit der Maßgabe entsprechend, dass die Bestellung der Ausschussmitglieder, die Gesellen sind, nur vom Gesellenausschuss widerrufen werden kann.

(2) Die Mitglieder der ständigen Ausschüsse haben ihre Tätigkeit bis zur Neuwahl der Nachfolger auszuüben.

(3) Der Obermeister kann an den Sitzungen der Ausschüsse mit beratender Stimme teilnehmen oder sich vertreten lassen.

§ 38

Die Ausschüsse sind, soweit nichts anderes bestimmt ist, beschlussfähig, wenn einschließlich des Vorsitzenden mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Über die Verhandlung ist eine Niederschrift anzufertigen.

Bezirksvertretung

§ 38a

(1) Die Innungsmitglieder der einzelnen Verwaltungsbezirke bilden die Bezirksversammlungen. Durch Beschluss der Mehrheit der erschienenen Mitglieder der betroffenen Bezirksversammlungen können mehrere Verwaltungsbezirke sich zu einer gemeinsamen Bezirksversammlung zusammenschließen.

(2) Aufgabe der Bezirksversammlung ist es, den engen Kontakt der Mitglieder zu gewährleisten und die Innung bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Sie soll in der Regel mindestens einmal im Jahr zusammentreten.

(3) Die Bezirksversammlungen wählen aus ihrer Mitte den Bezirksmeister und seinen Stellvertreter auf 3 Jahre mit der Mehrheit der erschienenen Mitglieder.

(4) Wählbar sind die wahlberechtigten Innungsmitglieder, die gesetzlichen Vertreter einer der Handwerksinnung angehörenden juristischen Person und die vertretungsberechtigten Gesellschafter einer der Handwerksinnung angehörenden Personengesellschaft die

1. die Befugnis zum Ausbilden von Lehrlingen besitzen,
2. am Wahltag volljährig sind,
3. die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union besitzen.

(5) Der Innungsvorstand kann die Bestellung des Bezirksmeisters und seines Stellvertreters aus wichtigem Grund widerrufen.

Innungsbeirat

§ 38 b

Die Bezirksmeister, ihre Stellvertreter und der Innungsvorstand bilden den Innungsbeirat. Er soll wichtige Entscheidungen von Vorstand und Innungsversammlung, insbesondere den Haushaltsplan, vorberaten.

Ständige Ausschüsse

§ 39

(1) Als ständige Ausschüsse sind zu bilden

1. ein Ausschuss für die Berufsausbildung,
2. ein Ausschuss für Lehrlingsstreitigkeiten,
3. ein Gesellenprüfungsausschuss,
4. ein Rechnungs- und Kassenprüfungsausschuss.

(2) Den Mitgliedern der in Nummer 1 bis 3 genannten Ausschüsse sind die für ihre Tätigkeit erforderlichen Berufsordnungsmittel unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Ausschuss für die Berufsausbildung

§ 40

(1) Der Ausschuss für die Berufsausbildung besteht aus einem Vorsitzenden (Lehrlingswart) und mindestens 4 Beisitzern, von denen die Hälfte Innungsmitglieder, die in der Regel Gesellen oder Lehrlinge beschäftigen, und die andere Hälfte Gesellen, die die Voraussetzungen der Wählbarkeit für den Gesellenausschuss (§ 58) erfüllen, sein müssen.

(2) Der Vorsitzende sowie die Beisitzer, die Innungsmitglieder sind, werden von der Innungsversammlung, die Beisitzer, die Gesellen sind, werden von dem Gesellenausschuss gewählt. Bei der Wahl des Vorsitzenden nehmen die Mitglieder des Gesellenausschusses mit vollem Stimmrecht an der Innungsversammlung teil. § 55 Abs. 4 findet Anwendung.

§ 41

Der Ausschuss hat nach Maßgabe der für die Berufsausbildung geltenden Vorschriften alle Angelegenheiten, welche die Berufsausbildung betreffen, insbesondere folgende Gegenstände zu beraten:

1. Die Vorschriften über die Lehrlingsausbildung (§ 23 Abs. 2 Nr. 6).
2. Stellungnahme in Verfahren zur Entziehung der Befugnis zur Einstellung und Ausbildung von Lehrlingen, soweit die Handwerksinnung damit befasst wird.

Ausschuss für Lehrlingsstreitigkeiten

§ 42

Beschließt die Innungsversammlung die Bildung eines Ausschusses zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Auszubildenden und Lehrlingen, so gelten die Vorschriften der §§ 43 und 45.

§ 43

(1) Der Ausschuss besteht aus dem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Der Vorsitzende darf nicht Mitglied der Handwerksinnung und weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer in einem gewerblichen Betrieb sein. Ein Beisitzer muss Innungsmitglied sein und in der Regel Gesellen oder Lehrlinge beschäftigen; der andere Beisitzer muss Geselle sein und die Voraussetzung der Wählbarkeit für den Gesellenausschuss (§ 58) erfüllen.

(2) Der Vorsitzende sowie der Beisitzer, der Innungsmitglied ist, werden von der Innungsversammlung, der Beisitzer, der Geselle ist, von dem Gesellenausschuss gewählt. Bei der Wahl des Vorsitzenden nehmen die Mitglieder des Gesellenausschusses mit vollem Stimmrecht an der Innungsversammlung teil. § 55 Abs. 4 findet Anwendung.

§ 44

(1) Der Entscheidung des Ausschusses unterliegen Streitigkeiten zwischen Auszubildenden und ihren Lehrlingen (Auszubildenden)

1. aus dem Lehrverhältnis,
2. über das Bestehen oder Nichtbestehen eines Lehrverhältnisses,
3. aus Verhandlungen über die Eingehung eines Lehrverhältnisses,
4. aus unerlaubten Handlungen, soweit diese mit dem Lehrverhältnis in Zusammenhang stehen.

(2) Die Zuständigkeit des Ausschusses entfällt, wenn das Lehrverhältnis zur Zeit der Schlichtung der Streitigkeit nicht mehr besteht.

§ 45

Die Durchführung des Verfahrens vor dem Ausschuss richtet sich nach der von der Handwerkskammer erlassenen Verfahrensordnung.

§ 46

Die Geschäftsführung des Ausschusses für Lehrlingsstreitigkeiten kann der Kreishandwerkerschaft übertragen werden.

Gesellenprüfungsausschuss

§ 47

Ermächtigt die Handwerkskammer die Handwerksinnung zur Errichtung eines Gesellenprüfungsausschusses, so gelten die Vorschriften der §§ 48 bis 51.

§ 48

Der Gesellenprüfungsausschuss ist für die Abnahme der Gesellenprüfung aller Lehrlinge der in der Handwerksinnung vertretenen Handwerke zuständig, soweit nicht die Handwerkskammer etwas anderes bestimmt.

§ 49

(1) Der Prüfungsausschuss besteht aus mindestens drei Mitgliedern. Die Mitglieder müssen für die Prüfungsgebiete sachkundig und für die Mitwirkung im Prüfungswesen geeignet sein.

(2) Dem Prüfungsausschuss müssen als Mitglieder selbständige Handwerker und Arbeitnehmer in gleicher Zahl sowie mindestens ein Lehrer einer berufsbildenden Schule angehören. Mindestens zwei Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder müssen selbständige Handwerker und Arbeitnehmer sein. Die Mitglieder haben Stellvertreter.

(3) Die selbständigen Handwerker müssen in dem Handwerk, für das der Prüfungsausschuss errichtet ist, die Meisterprüfung abgelegt haben oder zum Ausbilden berechtigt sein. Die Arbeitnehmer müssen die Gesellenprüfung in dem Handwerk, für das der Prüfungsausschuss errichtet ist, abgelegt haben und handwerklich tätig sein.

(4) Die Mitglieder werden von der Handwerkskammer längstens für fünf Jahre berufen.

(5) Die selbständigen Handwerker werden von der Innungsversammlung, die Arbeitnehmer von dem Gesellenausschuss gewählt. Der Lehrer einer berufsbildenden Schule wird im Einvernehmen mit der Schulaufsichtsbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle nach Anhörung der Handwerksinnung von der Handwerkskammer berufen.

(6) Die Mitglieder der Prüfungsausschüsse können nach Anhörung der an ihrer Berufung Beteiligten aus wichtigem Grund abberufen werden. Dies gilt auch für die Stellvertreter.

(7) Die Tätigkeit im Prüfungsausschuss ist ehrenamtlich. Für bare Auslagen und für Zeitversäumnis ist, soweit eine Entschädigung nicht von anderer Seite gewährt wird, eine angemessene Entschädigung zu zahlen, deren Höhe von der Handwerkskammer mit Genehmigung der obersten Landesbehörde festgesetzt wird.

(8) Von Absatz 2 darf nur abgewichen werden, wenn anderenfalls die erforderliche Zahl von Mitgliedern des Prüfungsausschusses nicht berufen werden kann.

§ 50

Der Prüfungsausschuss wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter sollen nicht derselben Mitgliedergruppe angehören.

§ 51

Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn zwei Drittel der Mitglieder, mindestens drei, mitwirken. Er beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Rechnungs- und Kassenprüfungsausschuss

§ 52

(1) Der Rechnungs- und Kassenprüfungsausschuss besteht aus drei Innungsmitgliedern, die nicht dem Vorstand angehören dürfen. Sie werden von der Innungsversammlung gewählt.

(2) Der Ausschuss hat

1. die Jahresrechnung zu prüfen und darüber in der Innungsversammlung zu berichten,
2. Kassenprüfungen nach § 76 der Satzung vorzunehmen.

Fachgruppen

§ 53

(1) Die Handwerksinnung kann für Spezialgebiete ihres Handwerks Fachgruppen bilden. Der Fachgruppe gehören die Innungsmitglieder an, die das Handwerk ausüben, für das die Fachgruppe gebildet ist.

(2) Jede Fachgruppe wählt einen Vorsitzenden (Fachgruppenobmann) und einen Stellvertreter. Diese werden von der Fachgruppe auf die Dauer von 3 Jahren mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt; auf die Wahl findet § 19 Anwendung.

§ 54

(1) Die Fachgruppen haben die Aufgabe, die fachlichen Interessen ihres Handwerks in der Handwerksinnung zu vertreten. Sie können hierzu Anregungen und Wünsche dem Vorstand der Handwerksinnung mitteilen.

(2) Zu Sitzungen des Vorstandes oder der Ausschüsse der Handwerksinnung, bei denen Angelegenheiten eines bestimmten Fachgebietes beraten werden, ist der Fachgruppenobmann hinzuzuziehen.

(3) Über die Beratungen der Fachgruppen sind Niederschriften zu fertigen, die dem Vorstand der Handwerksinnung einzureichen sind.

Gesellenausschuss

§ 55

(1) Im Interesse eines guten Verhältnisses zwischen den Innungsmitgliedern und den bei ihnen beschäftigten Gesellen wird bei der Handwerksinnung ein Gesellenausschuss errichtet. Der Gesellenausschuss hat die Gesellenmitglieder oder Ausschüsse zu wählen, bei denen die Mitwirkung der Gesellen durch Gesetz oder Satzung vorgesehen ist.

(2) Der Gesellenausschuss ist zu beteiligen

1. bei Erlass von Vorschriften über die Regelung der Lehrlingsausbildung,
2. bei Maßnahmen zur Förderung und Überwachung der beruflichen Ausbildung und zur Förderung der Entwicklung der Lehrlinge,
3. bei der Errichtung der Gesellenprüfungsausschüsse,
4. bei Maßnahmen zur Förderung des handwerklichen Könnens der Gesellen, insbesondere bei der Errichtung oder Unterstützung der zu dieser Förderung bestimmten Fachschulen und Lehrgänge,
5. bei der Mitwirkung an der Verwaltung der Berufsschulen gemäß den Vorschriften der Unterrichtsverwaltungen,
6. bei der Wahl oder Benennung der Vorsitzenden von Ausschüssen, bei denen die Mitwirkung der Gesellen durch Gesetz oder Satzung vorgesehen ist,
7. bei der Begründung und Verwaltung aller Einrichtungen, für welche die Gesellen Beiträge entrichten oder eine besondere Mühewaltung übernehmen oder die zu Ihrer Unterstützung bestimmt sind.

(3) Die Beteiligung des Gesellenausschusses hat mit der Maßgabe zu erfolgen, dass

1. bei der Beratung und Beschlussfassung des Vorstandes der Handwerksinnung mindestens ein Mitglied des Gesellenausschusses mit vollem Stimmrecht teilnimmt,

2. bei der Beratung und Beschlussfassung der Innungsversammlung seine sämtlichen Mitglieder mit vollem Stimmrecht teilnehmen,
3. bei der Verwaltung von Einrichtungen, für welche Gesellen Aufwendungen zu machen haben, vom Gesellenausschuss gewählte Gesellen in gleicher Zahl zu beteiligen sind wie die Innungsmitglieder.

(4) Zur Durchführung von Beschlüssen der Innungsversammlung in den in Absatz 2 bezeichneten Angelegenheiten bedarf es der Zustimmung des Gesellenausschusses. Wird die Zustimmung versagt oder nicht in angemessener Frist erteilt, so kann die Handwerksinnung die Entscheidung der Handwerkskammer binnen eines Monats beantragen.

(5) Die Beteiligung des Gesellenausschusses entfällt in den Angelegenheiten, die Gegenstand eines von der Handwerksinnung oder von dem Innungsverband abgeschlossenen oder abzuschließenden Tarifvertrages sind.

§ 56

- (1) Der Gesellenausschuss besteht aus dem Vorsitzenden (Altgesellen) und 3 weiteren Mitgliedern.
- (2) Für die Mitglieder des Gesellenausschusses sind Ersatzmitglieder zu wählen, die im Falle der Behinderung oder des Ausscheidens für den Rest der Wahlzeit in der Reihenfolge der Wahl eintreten.
- (3) Die Mitglieder des Gesellenausschusses werden auf die Dauer von drei Jahren mit verdeckten Stimmzetteln in allgemeiner, unmittelbarer und gleicher Wahl gewählt. Sie behalten, auch wenn sie nicht mehr bei Innungsmitgliedern beschäftigt sind, solange sie im Bezirk der Handwerksinnung im Betrieb eines selbständigen Handwerkers verbleiben, die Mitgliedschaft noch bis zum Ende der Wahlzeit, jedoch höchstens für ein Jahr.
- (4) Die Mitglieder des Gesellenausschusses bleiben nach Ablauf der Wahlzeit so lange in ihrem Amt, bis ihre Nachfolger das Amt angetreten haben.

§ 57

- (1) Berechtigt zur Wahl des Gesellenausschusses sind die bei den Innungsmitgliedern beschäftigten Gesellen. Geselle ist, wer die Gesellenprüfung oder eine entsprechende Lehrabschlussprüfung abgelegt hat oder wer nicht nur vorübergehend in einem Handwerksbetrieb mit Arbeiten betraut ist, die gewöhnlich nur von einem Gesellen oder Fachbetrieb ausgeführt werden.
- (2) Nicht wahlberechtigt sind Personen,

1. denen die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter aberkannt worden ist,
2. gegen die das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann.

(3) Zur Stimmabgabe bedarf der Geselle einer Bescheinigung, aus der sich ergibt, seit wann er in dem Betrieb eines Innungsmitgliedes als Geselle beschäftigt ist. Die Innungsmitglieder haben diese Bescheinigung den bei ihnen beschäftigten Gesellen auszustellen. Auf Beschluss des Innungsvorstandes und des Wahlvorstandes können die Bescheinigungen auch in Listen zusammengefasst werden.

§ 58

Wählbar ist jeder stimmberechtigte Geselle, der

1. die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union besitzt.
2. am Wahltage volljährig ist,

3. eine Gesellenprüfung oder eine entsprechende Abschlussprüfung abgelegt hat und
4. seit mindestens drei Monaten in dem Betrieb eines der Handwerksinnung angehörenden selbständigen Handwerkers beschäftigt ist.

§ 59

Die Wahl der Mitglieder des Gesellenausschusses ist vorbehaltlich der Bestimmung des § 65 in einer Wahlversammlung der wahlberechtigten Gesellen durchzuführen.

§ 60

(1) Die Durchführung der Wahl obliegt dem Wahlvorstand. Die Handwerksinnung trägt die für die Wahl erforderlichen Kosten und unterstützt den Wahlvorstand auf sein Verlangen bei seiner Tätigkeit.

(2) Der Wahlvorstand besteht aus dem Vorsitzenden (Wahlleiter) und zwei Beisitzern; für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu bestellen. Die Mitglieder des Wahlvorstandes müssen den Voraussetzungen des § 58 entsprechen. Sie werden von dem Gesellenausschuss mindestens vier Wochen vor Ablauf seiner Amtszeit bestellt, ist dies nicht geschehen, so bestellt der Vorstand der Handwerksinnung die Mitglieder des Wahlvorstandes.

§ 61

(1) Der Wahlvorstand bestimmt Zeit und Ort der Wahlversammlung. Die Abstimmungszeit ist so zu bestimmen, dass in der Regel kein Lohnausfall eintritt. Etwa entstandener Lohnausfall wird durch die Handwerksinnung nicht ersetzt. Der Wahlvorstand hat die Wahlberechtigten mindestens zwei Wochen vor dem Wahltermin zur Wahlversammlung durch Bekanntmachung in dem Veröffentlichungsorgan der Handwerksinnung (§ 88) einzuladen. Die Innungsmitglieder haben die bei ihnen beschäftigten wahlberechtigten Gesellen auf die Wahl aufmerksam zu machen und im Betrieb Hinweise des Wahlvorstandes auf die Wahl zuzulassen.

(2) Der Wahlleiter leitet die Wahlversammlung. Er hat vor Beginn der Wahl das Wahlverfahren zu erläutern und für den ordnungsmäßigen Ablauf der Wahl zu sorgen.

(3) Die Mitglieder des Gesellenausschusses und die Ersatzmänner werden in einem Wahlgang von den anwesenden Wahlberechtigten gewählt. Jeder Wahlberechtigte kann in dem Stimmzettel nur so viele wählbare Gesellen bezeichnen (Absatz 5), als Mitglieder und Stellvertreter in den Gesellenausschuss zu wählen sind.

(4) Wahlvorschläge können durch Zuruf oder schriftlich gemacht werden. Schriftliche Wahlvorschläge sind in der Wahlversammlung dem Wahlleiter zu übergeben. Der Wahlvorstand prüft die mündlich oder schriftlich gemachten Wahlvorschläge, ob die genannten Bewerber die Voraussetzungen der Wählbarkeit (§ 58) erfüllen. Wahlvorschläge, die diesem Erfordernis nicht entsprechen, sind zurückzuweisen. Die gültigen Wahlvorschläge sind vom Wahlleiter vor Beginn der Wahl der Wahlversammlung bekanntzugeben.

(5) Der Wahlleiter händigt dem Wahlberechtigten gegen Vorweisung der Bescheinigung über die Beschäftigung bei einem Innungsmitglied (§ 57 Abs. 3) einen mit dem Innungsstempel versehenen Stimmzettel aus.

(6) Der Wahlberechtigte bezeichnet die wählbaren Personen, denen er seine Stimme gibt, mit Vor- und Zunamen auf dem Stimmzettel und übergibt diesen zugleich mit der Beschäftigungsbescheinigung dem Wahlvorstand. Der Wahlleiter kann verlangen, dass sich der Wähler durch einen Personalausweis ausweist.

(7) Nach Beendigung der Stimmabgabe stellt der Wahlvorstand fest, wieviel Stimmen auf die einzelnen Bewerber entfallen. Gewählt sind die Bewerber, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigen, und

zwar gelten die ersten 4 als Mitglieder, die folgenden 4 als Ersatzmänner. die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union besitzen. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

(8) Über die Wahlhandlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die von den Mitgliedern des Wahlvorstandes zu unterzeichnen ist.

§ 62

(1) Führt die Wahlversammlung zu keinem Ergebnis, so ist von dem Wahlvorstand im Veröffentlichungsorgan (§ 88), innerhalb von zwei Wochen seit der ersten Wahlversammlung, zur Einreichung von schriftlichen Wahlvorschlägen aufzufordern. § 61 Abs. 1 Satz 5 findet Anwendung.

(2) In der Aufforderung der Handwerksinnung zur Abgabe schriftlicher Wahlvorschläge sind die Erfordernisse dieser Wahlvorschläge (§ 63) bekanntzugeben.

§ 63

(1) Jeder Wahlvorschlag muss die Namen von so vielen Bewerbern enthalten wie Mitglieder und soll so viele Bewerber enthalten, wie Mitglieder und Ersatzmänner für den Gesellenausschuss zu wählen sind. Die Bewerber sind mit Vor- und Zunamen, Beruf, Wohnort und Wohnung so deutlich zu bezeichnen, dass über ihre Person kein Zweifel besteht. Auch muss aus dem Wahlvorschlag zweifelsfrei hervorgehen, wer als Mitglied und wer als Ersatzmann vorgeschlagen wird.

(2) Jeder Wahlvorschlag muss von mindestens 50 Wahlberechtigten unterzeichnet sein.

Die Unterzeichner müssen bei der Unterschrift auch Beruf, Wohnort und Wohnung angeben. Die Unterschriften müssen leserlich sein.

(3) Die Wahlvorschläge müssen innerhalb drei Wochen seit der Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen bei dem Wahlleiter eingereicht werden.

(4) Mit jedem Wahlvorschlag ist die Erklärung der Bewerber einzureichen, dass sie der Aufnahme ihrer Namen in den Wahlvorschlag zustimmen.

§ 64

Der Wahlvorstand prüft die Wahlvorschläge, ob die in ihnen genannten Bewerber die Voraussetzungen der Wählbarkeit (§ 58) erfüllen und ob die Wahlvorschläge den Erfordernissen des § 63 entsprechen. Wahlvorschläge, die diesen Anforderungen nicht genügen, sind zurückzuweisen. Gültige Wahlvorschläge sind nach dem Namen des im Vorschlag zuerst genannten Bewerbers zu bezeichnen.

§ 65

(1) Wird nur ein gültiger Wahlvorschlag eingereicht, so gelten die darin bezeichneten Bewerber als gewählt.

(2) Waren in dem Wahlvorschlag Ersatzmänner nicht in genügender Zahl bezeichnet, so werden die fehlenden Ersatzmänner in einer Zusatzwahl ermittelt. Für diese Zusatzwahl gelten die §§ 62 bis 65 Abs. 1, §§ 66 und 67 entsprechend.

§ 66

(1) Sind mehrere gültige Wahlvorschläge eingereicht worden, so bestimmt der Wahlvorstand Zeit und Ort der zweiten Wahlversammlung. Die Wahlversammlung muss innerhalb vier Wochen seit Ablauf der Frist zur Einreichung von Wahlvorschlägen (§ 63 Abs. 3) stattfinden. § 61 Abs. 1 und 2 findet Anwendung.

(2) Die Sitze im Gesellenausschuss und die Ersatzmänner werden auf die Wahlvorschläge nach dem Verhältnis der ihnen zugefallenen Gesamtstimmzahlen in der Weise verteilt, dass diese Zahlen der Reihe nach durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt und von den dabei gefundenen, der Größe nach zu ordnenden, Zahlen so viel Höchstzahlen ausgesondert werden, als Bewerber zu wählen sind (d'Hondt'sches System). Jeder Wahlvorschlag erhält so viel Sitze im Gesellenausschuss und Ersatzmänner, wie Höchstzahlen auf ihn entfallen. Sind Höchstzahlen gleich, entscheidet über die Reihenfolge ihrer Zuteilung das Los.

(3) § 61 Abs. 5,6,7 und Abs. 8 finden entsprechende Anwendung.

§ 67

(1) Der Wahlleiter hat die Niederschrift über die Wahlhandlung sowie die von den Wählern abgegebenen Stimmzettel und Beschäftigungsausweise dem Vorstand auszuhändigen.

(2) Der Vorstand der Handwerksinnung prüft gemeinsam mit dem Wahlvorstand das Ergebnis der Wahl und stellt fest, ob die Gewählten die gesetzlichen und satzungsmäßigen Voraussetzungen für die Wahl erfüllen. Gegen die Ungültigkeitserklärung einer Wahl kann jeder durch die Entscheidung Betroffene binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe der Ungültigkeitserklärung Einspruch erheben. Der Einspruch ist schriftlich einzulegen und zu begründen. Über den Einspruch entscheidet die Innungsversammlung.

(3) Das Ergebnis der Wahl der Mitglieder des Gesellenausschusses ist in den für die Bekanntmachung der zuständigen Handwerkskammer bestimmten Organen zu veröffentlichen. In der Veröffentlichung sind Namen und Anschrift des Gewählten sowie Anschrift des Betriebes, in dem er beschäftigt ist, anzugeben.

§ 68

(1) Der Gesellenausschuss wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden, einen Schriftführer und deren Stellvertreter.

(2) Der Vorsitzende beruft und leitet die Versammlung des Gesellenausschusses.

(3) Der Gesellenausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit der Anwesenden gefasst; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

(4) Über die Verhandlungen und Beschlüsse ist eine Niederschrift anzufertigen, die von dem Vorsitzenden und dem Schriftführer zu unterzeichnen ist.

(5) Im Übrigen kann der Gesellenausschuss seine Geschäftsordnung selbst regeln.

§ 69

(1) Die Mitglieder des Gesellenausschusses versehen ihre Obliegenheiten als Ehrenamt unentgeltlich. Bare Auslagen und Zeitversäumnis werden von der Handwerksinnung entschädigt. § 30 Abs. 4 Satz 2 und § 36 Abs. 2 Satz 3 und 4 gelten entsprechend.

(2) Die Mitglieder des Gesellenausschusses dürfen in der Ausübung ihrer Tätigkeit nicht gehindert werden. Auch dürfen sie deswegen nicht benachteiligt oder begünstigt werden.

Beiträge

§ 70

(1) Die der Handwerksinnung und ihrem Gesellenausschuss erwachsenden Kosten sind, soweit sie aus den Erträgen des Vermögens oder aus anderen Einnahmen keine Deckung finden, von den Innungsmitgliedern durch Beiträge aufzubringen.

(2) Der von jedem Innungsmitglied zu entrichtende Beitrag besteht aus einem Grundbeitrag und einem Zusatzbeitrag. Der Zusatzbeitrag wird erhoben:

in einem Tausendsatz der Lohnsumme des vorangegangenen Jahres;

die Mitglieder ermächtigen die Innung, sich als Grundlage für die Beitragsermittlung von den zuständigen Berufsgenossenschaften die Lohn- und Gehaltssummen der Innungsmitglieder bekanntgeben oder sie zum gleichen Zweck durch den zuständigen Landesverband sowie die Zusammenschlüsse von den Landesverbänden auf Landes- und Bundesebene des Handwerks, für das die Innung gebildet ist, bei den Berufsgenossenschaften abrufen zu lassen. Insoweit werden die Berufsgenossenschaften von ihrer Geheimhaltungspflicht befreit.

(3) Die Beiträge werden bei der Feststellung des Haushaltsplanes von der Innungsversammlung alljährlich festgesetzt; bis zur anderweitigen Festsetzung sind die Beiträge in der bisherigen Höhe weiter zu entrichten.

(4) Durch Beschluss der Innungsversammlung können auch außerordentliche Beiträge erhoben werden.

(5) Die Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen beginnt mit dem Ersten des auf den Tag der Entscheidung über den Aufnahmeantrag (§ 9 Abs. 1) folgenden Monats.

(6) Die Handwerksinnung kann von Innungsmitgliedern oder anderen Personen, die Tätigkeiten oder Einrichtungen der Innung in Anspruch nehmen, Gebühren erheben.

(7) Die rückständigen Beiträge und Gebühren werden auf Antrag des Innungsvorstandes nach den für die Betreibung von Gemeindeabgaben geltenden landesrechtlichen Vorschriften beigetrieben.

Haushaltsplan, Jahresrechnung

§ 71

(1) Das Geschäfts- und Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.

(2) Der Vorstand der Handwerksinnung hat alljährlich über den zur Erfüllung der gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben erforderlichen Kostenaufwand einen Haushaltsplan für das folgende Rechnungsjahr nach dem von der Handwerkskammer herausgegebenen Muster aufzustellen und ihn der Innungsversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Für die Nebeneinrichtungen der Handwerksinnung (§ 4) sind gesonderte Haushaltspläne aufzustellen und zu beschließen. Je eine Ausfertigung des Haushaltsplanes und der Nebenhaushaltspläne ist der Handwerkskammer einzureichen.

(3) Der Vorstand der Handwerksinnung ist bei seiner Verwaltung an den beschlossenen Haushaltsplan gebunden. Über Aufgaben, die im Haushaltsplan nicht vorgesehen sind, hat die Innungsversammlung gesondert zu beschließen.

§ 72

Der Vorstand der Handwerksinnung hat innerhalb der ersten drei Monate des Rechnungsjahres für die Innungskasse sowie für jede Nebenkasse (§ 4) eine gesonderte Rechnung für das abgelaufene Rechnungsjahr aufzustellen. Die Jahresrechnung muss sämtliche Einnahmen und Ausgaben nachweisen. Nach Prüfung durch den Rechnungs- und Kassenprüfungsausschuss ist sie der Innungsversammlung zur Abnahme vorzulegen. Eine Ausfertigung des Jahresabschlusses ist der Handwerkskammer einzureichen.

§ 73

Der Geschäftsführer ist dem Vorstand und der Innungsversammlung für die ordnungsgemäße Führung der Kasse der Handwerksinnung und, soweit die Nebensatzungen nicht etwas anderes bestimmen, auch den Nebenkassen verantwortlich.

§ 74

Die Einnahmen und Ausgaben der Innungskasse sowie der Nebenkassen sind gesondert von allen den Zwecken der Kasse fremden Einnahmen und Ausgaben zu verbuchen.

§ 75

Die Innung erhebt die Beiträge der Innungsmitglieder nach Maßgabe des Innungsbeschlusses auf Grund § 70 Abs. 2 und 3.

§ 76

Die Innungskasse sowie die Nebenkassen sind alljährlich mindestens je einmal durch den Obermeister oder ein anderes vom Vorstand beauftragtes Vorstandsmitglied und durch den Rechnungs- und Kassenprüfungsausschuss (§ 52) unvermutet zu prüfen. Die Prüfung hat sich auch darauf zu erstrecken, dass das Vermögen der Handwerksinnung ordnungsgemäß inventarisiert und angelegt ist.

Über die Prüfung ist binnen zwei Wochen nach deren Abschluss dem Vorstand schriftlich zu berichten.

§ 77

Für die Haushalts-, Kassen- und Rechnungsführung gelten im Übrigen die Bestimmungen der Haushalts- und Kassenordnung, die von der Innungsversammlung zu beschließen ist.

Vermögensverwaltung

§ 78

Bei der Anlage des Vermögens der Handwerksinnung ist mit größter Sorgfalt zu verfahren und insbesondere auf die unbedingte Sicherheit der Anlage zu achten.

Schadenshaftung

§ 79

Die Handwerksinnung ist für den Schaden verantwortlich, den der Vorstand, ein Mitglied des Vorstandes oder ein anderer satzungsmäßig berufener Vertreter durch eine in Ausführung der ihm zustehenden Verrichtungen begangene, zum Schadensersatz verpflichtende Handlung einem Dritten zufügt.

Änderung der Satzung und Auflösung der Handwerksinnung

§ 80

(1) Anträge auf Änderung der Satzung und der Nebensatzungen sowie auf Auflösung der Handwerksinnung sind beim Vorstand schriftlich zu stellen; sie sind bei der Einberufung der Innungsversammlung den Mitgliedern und der Handwerkskammer zugleich mit der Tagesordnung bekanntzugeben.

(2) Zur Verhandlung über Anträge auf Auflösung der Handwerksinnung ist eine außerordentliche, nur zu diesem Zweck bestimmte Innungsversammlung einzuberufen, zu der alle Mitglieder mindestens zwei Wochen vorher schriftlich einzuladen sind.

§ 81

Zu Beschlüssen über Änderungen der Satzung der Handwerksinnung ist eine Mehrheit von drei Vierteln der erschienenen Mitglieder erforderlich. Der Beschluss der Auflösung der Handwerksinnung kann nur mit einer Mehrheit von drei Vierteln der stimmberechtigten Mitglieder gefasst werden. Sind in der ersten Innungsversammlung drei Viertel der Stimmberechtigten nicht erschienen, so ist binnen vier Wochen eine zweite Innungsversammlung einzuberufen, in welcher der Auflösungsbeschluss mit einer Mehrheit von drei Vierteln der erschienenen Mitglieder gefasst werden kann.

§ 82

Die Handwerksinnung kann durch die Handwerkskammer aufgelöst werden,

1. wenn sie durch einen gesetzwidrigen Beschluss der Innungsversammlung oder durch gesetzwidriges Verhalten des Vorstandes das Gemeinwohl gefährdet,
2. wenn sie andere als die gesetzlich oder satzungsmäßig zulässigen Zwecke verfolgt,
3. wenn die Zahl ihrer Mitglieder soweit zurückgeht, dass die Erfüllung der gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben gefährdet erscheint.

§ 83

(1) Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Handwerksinnung hat die Auflösung kraft Gesetzes zur Folge.

(2) Der Vorstand hat im Falle der Überschuldung die Eröffnung Insolvenzverfahrens oder des gerichtlichen Vergleichsverfahrens zu beantragen. Wird die Stellung des Antrages verzögert, so sind die Vorstandsmitglieder, denen ein Verschulden zur Last fällt, den Gläubigern für den daraus entstehenden Schaden verantwortlich; sie haften als Gesamtschuldner.

§ 84

(1) Wird die Handwerksinnung durch Beschluss der Innungsversammlung oder durch die Handwerkskammer aufgelöst, so wird das Innungsvermögen in entsprechender Anwendung der §§ 47 bis 53 des Bürgerlichen Gesetzbuches liquidiert.

(2) Die Auflösung der Handwerksinnung ist durch die Liquidatoren in dem Veröffentlichungsorgan der Handwerksinnung (§ 88) bekanntzumachen.

§ 85

Wird eine Innung geteilt oder wird der Innungsbezirk neu abgegrenzt, so findet eine Vermögensauseinandersetzung statt, die der Genehmigung der für den Sitz der Innung zuständigen Handwerkskammer bedarf; kommt eine Einigung über die Vermögensauseinandersetzung nicht zustande, so entscheidet die für den Innungsbezirk zuständige Handwerkskammer. Erstreckt sich der Innungsbezirk auf mehrere Handwerkskammerbezirke, so kann die Genehmigung oder Entscheidung nur im Einvernehmen mit den beteiligten Handwerkskammern ergehen.

§ 86

(1) Im Falle der Auflösung der Handwerksinnung sind die Innungsmitglieder verpflichtet, die ordentlichen Beiträge für das laufende Vierteljahr sowie die bereits umgelegten außerordentlichen Beiträge an die Liquidatoren zu zahlen.

(2) Das Innungsvermögen ist zunächst zur Erfüllung der Verbindlichkeiten zu verwenden. Das hiernach verbleibende Vermögen wird der Handwerkskammer zur Verwendung für handwerksfördernde Zwecke, und zwar in erster Linie zugunsten des Handwerks, für das die Handwerksinnung errichtet war, überwiesen.

Aufsicht

§ 87

(1) Die Aufsicht über die Handwerksinnung führt die Handwerkskammer. Die Aufsicht erstreckt sich darauf, dass Gesetz und Satzung beachtet, insbesondere die der Handwerksinnung übertragenen Aufgaben erfüllt werden.

Der Aufsicht unterliegen auch die von der Handwerksinnung errichteten oder unterhaltenen Anstalten und Einrichtungen.

(2) Beauftragte der Handwerkskammer sind berechtigt, an den Sitzungen der Handwerksinnung und ihrer Organe an den Gesellenprüfungen teilzunehmen.

Bekanntmachungen

§ 88

(1) Die Bekanntmachungen der Handwerksinnung erfolgen in den Mitteilungen der Tischler-Innung Berlin und ersatzweise in „Deutsche Handwerkszeitung“.

(2) Den Mitgliedern des Gesellenausschusses und den Gesellenmitgliedern der Innungsausschüsse werden die sie betreffenden Veröffentlichungen unentgeltlich übersandt.

Die von der Innungsversammlung der Tischler-Innung Berlin am 14.11.2019 beschlossene Satzungsänderung wird hiermit gemäß § 61 Abs. 2 Ziffer 8 und Abs. 3 der Handwerksordnung i.d.F. der Bekanntmachung vom 24. September 1998 / 30. Juni 2017 in Verbindung mit § 23 Abs. 2 Ziffer 8 und Abs. 5 der Innungssatzung genehmigt.

Berlin, den 14.11.2019

Handwerkskammer Berlin

gez. Zarth
Präsidentin

gez. Wittke
Hauptgeschäftsführer



BEITRAGSORDNUNG ab 01.01.2023

der Tischler-Innung Berlin

1. Zweck

Mit dieser Beitragsordnung, deren Rechtsgrundlage die jeweils gültige Satzung der Tischler-Innung Berlin ist, wird bezweckt, der Innung die ausreichenden finanziellen Mittel zur Wahrnehmung und Förderung der gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen des Tischlerhandwerks von Berlin zur Verfügung zu stellen sowie eine möglichst gerechte Erhebung der erforderlichen Mitgliedsbeiträge zu erreichen.

2. Beitragsberechnung für Vollmitglieder

- a) Der Jahresbeitrag besteht aus dem Grundbeitrag und einem Zusatzbeitrag. Der Zusatzbeitrag wird erhoben in Höhe eines Promillesatzes der Bruttolohn- und Gehaltssumme des vorletzten Kalenderjahres. Die Höhe des Grundbeitrages und des Promillesatzes wird alljährlich im Rahmen der Haushaltsbeschlüsse durch die Mitgliederversammlung festgelegt.
- b) Durch Beschluss der Innungsversammlung können auch außerordentliche Beiträge erhoben werden.
- c) Gesellschafter-Geschäftsführer mit Kapitalbeteiligung über 50% gelten nicht als Arbeitnehmer, sondern als Arbeitgeber. Die prozentuale Beteiligung ist nachzuweisen. Zur Beurteilung werden im Zweifelsfall die Einordnungskriterien der Holzberufsgenossenschaft herangezogen.

3. Beitragsberechnung für Förder- und Gastmitglieder

Der Jahresbeitrag für Förder- und Gastmitglieder wird alljährlich im Rahmen der Haushaltsbeschlüsse durch die Mitgliederversammlung festgelegt.

4. Festsetzung des Jahresbeitrages

- a) Die Innung ist berechtigt, die Bruttolohn- und gehaltssummen der Mitglieder von der für den Betrieb zuständigen Berufsgenossenschaft abzufordern. Die Berufsgenossenschaft wird insoweit von ihrer Geheimhaltungspflicht befreit.

- b) Sollte die Berufsgenossenschaft keine Daten bereitstellen, das Mitglied für das vorletzte Kalenderjahr noch keine Brutto-lohn- und gehaltsangaben übermittelt haben oder sonstige Gründe vorliegen, die einen Datenimport ermöglichen, sind die Mitglieder verpflichtet, der Geschäftsführung der Innung auf Verlangen die Brutto-lohn- und Gehaltssumme des vorletzten Jahres mitzuteilen. Dieser Mitteilung ist eine Kopie der Lohnsummenmeldung an die maßgebliche Berufsgenossenschaft beizufügen.
- c) Aufgrund der Datenermittlung nach Buchstabe a) und b) und unter Beachtung der Bestimmungen dieser Ordnung setzt die Geschäftsführung den Jahresbeitrag fest.
- d) Unterlassen Mitglieder die Angabe der Brutto-Lohn- und Gehaltssumme oder machen sie offensichtlich unrichtige Angaben, so wird die Brutto-Lohn- und Gehaltssumme von der Geschäftsführung geschätzt und dementsprechend der Beitrag festgesetzt.
- e) Gegen die Festsetzung des Beitrages durch die Geschäftsführung kann der Vorstand angerufen werden. Die Anrufung muss innerhalb von einem Monat nach Rechnungslegung Zugang des Beitragsbescheides schriftlich oder zur Niederschrift erfolgen.

5. Zahlungsweise/Mahnung/Beitreibung

- a) Der Jahresbeitrag wird nach Zugang des Beitragsbescheids in zwei Raten zu den in dem Bescheid angegebenen Terminen zur Zahlung fällig. Für die Zahlung des Jahresbeitrags in einer Summe zum ersten Fälligkeitstermin, kann der Vorstand einen Skontosatz festlegen. Er ist im Bescheid anzugeben. Eingehende Beitragszahlungen werden auf die älteste Beitragsforderung angerechnet.
- b) Wird das Mitglied bei nicht rechtzeitiger Zahlung gemahnt, ist die Innung berechtigt, je Mahnung eine Gebühr in Höhe von 5,00 € zu erheben.
- c) Die rückständigen Beiträge werden nach den für die Beitreibung von Gemeindeabgaben geltenden landesrechtlichen Vorschriften oder durch Beauftragung von Inkassodiensten beigetrieben.
- d) Zahlungsverzug über ein halbes Jahr hat den sofortigen Verlust des Stimmrechtes, des Rechtsschutzes und der besonderen Vergünstigungen für Innungsmitglieder zur Folge, ohne dass es eines Vorstandsbeschlusses bedarf. Die Mitgliedschaft geht bis zur Bezahlung der Beiträge, bzw. bis zum Ausschluss aus der Innung durch Vorstandsbeschluss in eine ruhende Mitgliedschaft über.
- e) Durch Beschluss des Vorstandes in einer regelmäßig angesetzten Beratung kann aus der Innung ausgeschlossen werden, wer mit seinen Beiträgen trotz wiederholter Aufforderung über den 31.12. des Folgejahres im Rückstand ist. Der Ausschluss wird der Innungsversammlung bekanntgegeben.

6. Stundung der Beiträge

Eine Stundung der Beiträge kann erfolgen, falls eine fristgemäße Zahlung nach Lage des Einzelfalles unbillig wäre. Die Geschäftsführung kann auch Ratenzahlungen gewähren. Die schwierige Lage ist glaubhaft zu machen.

7. Insolvenzen und Betriebsstilllegungen

Wegen des erhöhten Beratungsbedarfes bei Insolvenz, drohender Insolvenz oder Betriebsschließung kann pauschal oder mit Hilfe eines zusätzlichen Beitrages gemäß Lohnsumme abgerechnet werden.

8. Verjährung

Beitragsansprüche verjähren nach 3 Jahren. Die Frist beginnt mit dem Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Anspruch entstanden ist. Erstattungsansprüche erlöschen nach Ablauf des 2. Kalenderjahres nach Entrichtung der Beiträge.

9. Geheimhaltung

Die Geschäftsführung und die Mitglieder des Vorstandes sind zur Geheimhaltung der vertraulichen Kenntnisse verpflichtet, die sie im Zusammenhang mit der Festsetzung des Beitrages erlangt haben.

Ganz besonders unterliegen die Bruttolohn- und gehaltssummen der einzelnen Mitglieder der Geheimhaltungspflicht.

10. Inkrafttreten

Diese Beitragsordnung tritt am 01.01.2023 in Kraft und ersetzt alle bisherigen Beitragsregelung.

Rechtsbehelfsbelehrung für Beitragsbescheide:

Ein Widerspruch gegen einen Beitragsbescheid kann innerhalb eines Monats nach Zugang des Bescheids schriftlich oder zur Niederschrift bei der Tischler-Innung Berlin, Flurweg 5, 12357 Berlin, eingelegt werden. Der Widerspruch hat keine aufschiebende Wirkung auf die rechtzeitige Zahlung.

Berlin, den 24.11.2022

gez. Frank-Michael Niehus
Obermeister

gez. Sebastian Bobinski
Geschäftsführer



Innungsgebühren der Tischler-Innung Berlin

- gültig ab 01.01.2025 -

Ausbildungsgebühren

		Mitglied	Nichtmitglied
Eintragungsgebühr Lehrvertrag	je Stück	16,00 €	24,00 €
Zwischenprüfungsgebühr	je Prüfung	81,00 €	270,00 €
Gesellenprüfungsgebühr	je Prüfung	157,50 €	525,00 €
Wiederholungsprüfung	je Prüfungsteil	81,00 €	262,50 €

Mehrkosten:

Mehrkosten (Kosten, die den Betrag der Gebühren übersteigen) für bereitgestelltes Prüfungsmaterial sowie die Nutzung von Prüfungsräumen (Werkstätten und anderen Räumlichkeiten) sind gemäß der zugrundeliegenden Kalkulation der Handwerkskammer vom Gebührenschuldner zusätzlich zu erstatten.

Rücktritt/Nichterscheinen bei der Zwischen-, Gesellen- und Abschlussprüfungen:

- A: Tritt der Prüfling vor Beginn der Prüfung zurück, so werden für den angefallenen Aufwand bis zu 30% der Prüfungsgebühr erhoben.
- B: Erscheint der Prüfling nicht zum Prüfungstermin oder tritt er nach Beginn der Prüfung zurück, jeweils aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, so werden je nach Fortschritt des Prüfungsverfahrens bis zu 40% der Prüfungsgebühren erhoben.
- C: Erscheint der Prüfling nicht zum Prüfungstermin oder tritt er nach Beginn der Prüfung zurück, jeweils aus Gründen, die er zu vertreten hat, so ist die Prüfungsgebühr voll zu entrichten.

Die Gebühren für das Ausbildungsprüfungswesen gelten für Umschulungen entsprechend.



Ausnahmegenehmigung

Kurzprüfung	1.800,00 €
Wiederholung der Kurzüberprüfung theoretischer Teil	850,00 €
Wiederholung der Kurzüberprüfung praktischer Teil	950,00 €

Weitere fachliche Überprüfungen

Fachgespräch	150,00 €
Zuerkennung der fachlichen Eignung zum Ausbilden von Lehrlingen	950,00 €

Besondere Sachkunde gem. § 3 Sachverständigenordnung

Kurzprüfung der besonderen Sachkunde von Sachverständigen:

	Mitglied	Nichtmitglied
1. Prüfungsverfahren	950,00 €	1.550,00 €
Weitere Prüfungsverfahren		
Teil A - Probegutachten	550,00 €	620,00 €
Teil B -Schriftliche Prüfung	450,00 €	520,00 €
Teil C - Fachgespräch	550,00 €	620,00 €
Absage einer Prüfung (nach Versand des Probegutachtens)	250,00 €	250,00 €



Nachweise / Dokumente*

Schmuckbrief	je Stück	20,00 €
Zweitausfertigung Prüfungszeugnis	je Stück	20,00 €
Ausfertigung Gesellenbrief in Englisch	je Stück	20,00 €
Ausfertigung Gesellenbrief in Französisch	je Stück	20,00 €
Ausstellung Ersatzbescheinigung	je Stück	20,00 €
Ausstellung Lehrzeitbestätigung	je Stück	25,00 €

Bitte beachten Sie das die Unterlagen / Dokumente von der Innung nur ausgestellt werden, wenn die Prüfung nicht länger als 10 Jahre zurück liegt. Für alle Prüfungsabschlüsse die älter als 10 Jahre sind wenden Sie sich bitte an die Handwerkskammer Berlin.

Hinweise Prüfung/ Kosten / Gebühren / Versand:

*Für alle Drucksachen fallen die Portokosten entsprechenden der Deutschen Post an und werden mit in Rechnung gestellt. Alternativ können die Bestellungen, kostenfrei bei uns in der Tischler-Innung Berlin, Flurweg 5, 12357 Berlin, nach Terminvereinbarung, abgeholt werden.



Mitgliedsbeitrag der Tischler-Innung Berlin 2024

Die Innungsversammlung der Tischler-Innung Berlin beschließt auf Grundlage der Beitragsordnung vom 26.11.2015 für das Beitragsjahr nachfolgende Jahresbeiträge:

Vollmitglieder

Der Jahresbeitrag für Vollmitglieder besteht aus dem Grundbeitrag, dem Beschäftigtenbeitrag und dem Beitrag für den Unterstützungsfonds.

1.) Grundbeiträge

für alle Betriebe € 500,00

2.) Beschäftigtenbeitrag

7,5 Promille der Bruttolohnsumme aus dem Kalenderjahr 2022.

Der zu entrichtende Beitrag aus 1.) und 2.) ist auf 4.500 Euro begrenzt.

3.) Beitrag für den Unterstützungsfonds

1,00 Promille nach o.g. Bruttolohnsumme – **für 2024 ausgesetzt** -

Ehrenmitglieder

Von Ehrenmitglieder wird kein Beitrag erhoben.

Sonstige Mitglieder

Institutionelle Gastmitglieder € 350,00

Private Gastmitglieder € 50,00

Institutionelle Fördermitglieder € 900,00

Private Fördermitglieder € 250,00

Berlin, den 23.11.2023



Das haben wir für Sie im Programm

- **betriebs- und arbeitssicherheitstechnische Beratung (u.a. Gefährdungsbeurteilung)**
- Lösungen für die **betriebsärztliche Betreuung**
- **Rechtsberatung** (insbesondere Arbeits- und Vertragsrecht)
- **Prozessvertretung** im Arbeits- und Sozialrecht
- Nutzungsoption der exklusiven **Lizenzsysteme Fenster und Türen** (CE, Brandschutz etc.)
- Publikationen: monatlich erhalten Sie die **genau**, das Fachblatt des Bundesinnungsverbandes, vierteljährlich das Verbandsorgan **Berliner Tischlermeister**
- Umfängliche Nutzung des Downloadbereichs auf www.tischler.berlin (Verträge, Merkblätter, Ausbildungshilfen)
- **Bürgerschaftsservice** für Gewährleistungs-/Erfüllungsbürgschaften
- **Ausbildung:** Prüfungsgebühren bis zu 68 % ermäßigt
- Das **Werbemittelportal** für Ihre Werbung: Mustertexte, lizenzfreie Fotos, Themenflyer
- **Rahmenabkommen** u.a. Kfz-Rabatte bis zu 29 %, Tanken, Stromrabatt
- **laufende Informationen** über Recht, Steuern, Technik und Politik
- **Gemeinschaftswerbung** z.B. „Wenn Handwerk – dann Innung“
- Eintrag in der digitalen **TISCHLER-SUCHE** auf www.tischler.berlin
- Nutzung der **Qualitätsgemeinschaften** und der **Markenfamilie** des Bundesverbandes
- Vergünstigungen bei **Schulungen** (Errichterliste, Mitteldeutsche Fachtagungen etc.)
- Netzwerken

So können Sie sich für Ihr Gewerk einbringen:

- Ihre Stimme zählt: Das höchste Organ der Innung – die Innungsversammlung
- Mitarbeit in Ausschüssen auf Landes- und Bundesebene (Ausbildung, Normung, Technik etc.)
- Prüfertätigkeit in der Gesellenprüfung
- Ehrenamtliche Richtertätigkeit bei Arbeits-, Sozial und Finanzgerichten
- Vertretung der Innung in Fachrunden beim Land Berlin und den Bezirken
- Mitgestaltung der Öffentlichkeitsarbeit
- u.v.m.

Datenschutzhinweise Mitgliedsantrag

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen	<p>Tischler-Innung Berlin vertreten durch den Obermeister Frank-Michael Niehus und der Geschäftsführerin Juliane Adam</p> <p>Flurweg 5 D-12357 Berlin</p> <p>T. +49 (0)30 / 8 14 51 94 30 F. +49 (0)30 / 8 14 51 94 39 innung@tischler.berlin</p>
Name und Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten	<p>Gerd-Jürgen Golze</p> <p>+49(0)30-91 43 66 11 golze@datenschutzbeauftragter-berlin.com</p>
Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden sollen.	<p>Ihre personenbezogenen Daten werden zum Zweck der Aufnahme in die Innung, der Mitgliederbetreuung, Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben und der Beitragserhebung verarbeitet.</p>
Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten	<p>Die Rechtsgrundlagen ergeben sich aus Art. 6 Abs. 1 lit. a (Einwilligung), b (Vertragserfüllung / Satzung), c (rechtliche Verpflichtungen) und e (öffentliches Interesse) DSGVO.</p> <p>Einwilligungen können Sie jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.</p> <p>Sofern eine Verarbeitung auf der Rechtsgrundlage Art.6 Abs. 1 lit e) DSGVO erfolgt, haben Sie aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, das Recht auf Widerspruch. (siehe unten „Ihre Rechte“)</p>
Empfänger der personenbezogenen Daten	<p>Empfängern der personenbezogenen Daten sind die Geschäftsstelle, der Vorstand, und die Kassenprüfer der Innung, Steuerbüro, Finanzamt, Bank, Handwerkskammer gegebenenfalls Auftragsverarbeiter gemäß Art. 28 DSGVO</p> <p>an weitere Dritte übermitteln wir nur Daten, sofern wir rechtlich dazu verpflichtet sind oder Ihre Einwilligung vorliegt</p>
Datenübertragung in ein Drittland außerhalb der EU und EWR / Rechtsgrundlage der Übermittlung	<p>Es findet keine Datenübertragung in ein Drittland außerhalb der EU statt.</p>

Herkunft von personenbezogenen Daten	Wir erhalten von der Handwerkskammer Daten zu Betriebsänderungen und von der BG die Lohnsumme für die satzungsgemäße Beitragsermittlung.
Dauer für die die personenbezogenen Daten gespeichert oder aufbewahrt werden.	Ihre Daten werden während der Zeit Ihrer Mitgliedschaft gespeichert und darüber hinaus bis die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erfüllt sind.
Warum sind die personenbezogenen Daten erforderlich?	Die Bereitstellung der Daten ist für die Aufnahme in die Innung und der Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben notwendig. Ohne diese Angaben ist eine Mitgliedschaft leider nicht möglich.

Ihre Rechte:

Wenn eine Verarbeitung auf der Rechtsgrundlage Art.6 Abs. 1 lit e) DSGVO (Verarbeitung im öffentlichen Interesse) erfolgt, haben Sie aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, das Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung.

Sie haben das Recht gemäß Art.15 DSGVO Auskunft über Ihre gespeicherten Daten zu beantragen. Bei Unrichtigkeit der Daten steht Ihnen gemäß Art. 16 DSGVO das Recht auf Berichtigung zu. Sofern die rechtlichen Voraussetzungen vorliegen, können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung der Daten gemäß Art. 17 und 18 DSGVO verlangen. Sofern Daten aufgrund eines Vertrages oder Ihrer Einwilligung automatisiert verarbeitet werden, haben Sie das Recht auf Datenübertragbarkeit gemäß Art. 20 DSGVO. Wir setzen keine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling ein.

Sie haben das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Sie können dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. In Berlin ist die zuständige Aufsichtsbehörde die Berliner Landesdatenschutzbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

Eine Liste der Datenschutzaufsichtsbehörden finden Sie unter:
<https://www.datenschutzkonferenz-online.de/datenschutzaufsichtsbehoerden.html>